

Armut verhindern – Wohlstand gerecht verteilen

Im Jahr 2013 wurde die Tafel-Bewegung 20 Jahre alt.

Aus diesem Anlass fordert der Bundesverband Deutsche Tafel e.V. die politisch Verantwortlichen in den Kommunen, Ländern und beim Bund noch einmal verstärkt auf, schnellstmöglich:

- Eine nationale Strategie zur Vermeidung von Armut zu entwickeln und deren Umsetzung zu ermöglichen
- Einen unabhängigen Beauftragten der Bundesregierung im Kampf gegen Armut zu berufen
- Reformen in der Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Sozialpolitik zu beschließen.

Insbesondere gilt es:

- armutsfeste Mindestlöhne einzuführen.
- öffentliche Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen. Jeder hat ein Recht auf Arbeit, die seinen Lebensunterhalt sichert.
- armutsfeste Mindestrenten einzuführen.
- die staatlichen Leistungen zur Existenzsicherung anhand der realen Bedarfe neu zu berechnen. Die Kosten für soziale Teilhabe sind dabei zu berücksichtigen.
- die Arbeitslosenversicherung so zu reformieren, dass das Mindestarbeitslosengeld deutlich über der Armutsgrenze liegt.
- Genügend qualifizierte Kinderbetreuungsmöglichkeiten bereit zu stellen, um Eltern die (Voll-)Erwerbstätigkeit zu ermöglichen.
- allen Kindern (frühkindliche) Bildung und Förderung zukommen zu lassen.
- kostenlose Mittagsmahlzeiten für alle Kinder in Kitas und Schulen zu ermöglichen.
- strukturelle Reformen und Programme zu beschließen, die die gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen an Bildung und Kultur ermöglichen. Vor allem für Kinder und Jugendliche.
- allen Menschen, die der Hilfe bedürfen, den Zugang zu menschenwürdigen Sozialleistungen zu ermöglichen. Das heißt auch Menschen, die als Flüchtlinge oder illegal in unserem Land leben.

Fazit und Appell

Wir brauchen ein solidarisches Deutschland, in dem der Wohlstand und die Entwicklungschancen der Generationen gerecht verteilt werden.

Wer Arbeit hat, soll von dieser Arbeit auch leben können.

Wer keine Arbeit findet oder als junger oder älterer Mensch nicht erwerbsfähig ist, muss sich darauf verlassen können, dass die Gesellschaft ihm ein menschenwürdiges Existenzminimum sichert.

Wir sollten dringend im sozialen Bereich investieren, dort, wo es am nötigsten ist:

- in Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit
- in berufliche Aus- und Weiterbildung
- in frühkindliche Bildung
- in die Integration von Migranten.

Wer diese Investitionen scheut und nur in Legislaturperioden anstatt in Generationen denkt, der wird die Folgen zu spüren bekommen: in Form von noch teureren Sozialtransfers, höherer Altersarmut und Demokratiemüdigkeit.